

„Betroffene sind keine Bittsteller“

INTERVIEW Für **Michael Leinenbach** kann Armut nur durch Umdenken bekämpft werden



Michael Leinenbach

(Foto: privat) ist Dipl. Sozialarbeiter/Sozialpädagoge und ist Sozialplaner der Kreisstadt Saarlouis. Seit 2003 ist er Mitglied der SAK. Infos: www.michael-leinenbach.de

In der SAK sind Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, soziale Organisationen, Institutionen wie beispielsweise die AK engagierte Einzelpersonen, darunter auch von Armut betroffene Menschen, organisiert. Sie verfolgt das Ziel, die Armut im Saarland sichtbar zu machen und einen Beitrag zu ihrer Überwindung zu leisten. Infos: <https://sakev02.wordpress.com:>

Die Saarländische Armutskonferenz (SAK) ist seit 1993 die Lobby-Vereinigung für arme Menschen im Saarland. Seit dem vergangenen Jahr ist Michael Leinenbach der neue Vorsitzende des gemeinnützigen Vereins. AK-Konkret-Redakteurin Simone Hien hat mit ihm über sein Amt, über Armut im Saarland, wer davon betroffen ist und wie sie bekämpft werden kann, gesprochen.

Wie gehen wir in unserer Gesellschaft mit Armut um und was muss sich ändern?

Grundsätzlich muss Gesellschaft und Politik entsprechend der UN-Konventionen die soziale (gesellschaftliche) Teilhabe ermöglichen. Wesentlich hierbei ist, dass wir die begrifflichen Definitionen in den gesetzlichen Grundlagen von deren Wesen her beachten. So entspricht der Begriff der Behinderung im Deutschen nicht der, die in der Behindertenrechtskonvention (BRK) verwendet wird. Behinderung in deren Sinne bedeutet den Abbau von Barrieren in **allen** Bereichen der Gesellschaft. Damit wird die soziale Teilhabe das zentrale Moment im politischen Handeln. Gesellschaft und Politik sind aufgefordert, die aktuellen gesetzlichen Grundlagen in den Sozialgesetzbüchern, die Rolle der Menschen als eher „Bittsteller“ in die der „Rechtsempfänger“ umzuwandeln. Dieses Umdenken in Gesellschaft und Politik muss stärker in den Fokus treten.

Was kann /muss die Politik gegen Armut tun? Wo sehen Sie im Saarland derzeit den drängendsten Handlungsbedarf?

Die Rechtsansprüche müssen den Menschen unbürokratisch zugänglich sein. Bürokratieabbau und eine sich damit ableitende Unterstützung der Menschen sollte die oberste Priorität haben. Als konkretes Beispiel für konkretes politisches Handeln können die steigenden Energiekosten angesehen werden. Hier sollte die Politik die Menschen dahingehend unterstützen, dass es einen Ausgleich zu den höheren Kosten gibt. Diese Ausgleichszahlungen



In Armut leben zu müssen bedeutet oft, weitestgehend von der sozialen Teilhabe ausgegrenzt zu sein und diskriminiert zu werden.

sollten jedoch ohne einen erneuten Bürokratieaufbau, sondern in bereits bestehenden Systemen erfolgen. Ein weiteres gut umsetzbares Beispiel für eine soziale (gesellschaftliche) Teilhabe wäre die Einführung eines kostenlosen Schulessens für alle Kinder. Damit würde ein diskriminierungsfreier Raum entstehen, unnötige Bürokratie könnte eingespart werden und alle Kinder könnten davon profitieren.

2020 lag die Armutsquote im Saarland laut Paritätischem Armutsbericht 2021 bei 16,9 Prozent, im Bund bei 16,1 Prozent. Was sind die Probleme der von Armut Betroffenen? Wie sieht ihre Lebenswirklichkeit aus?

Die Lebenswirklichkeit von Betroffenen ist die, in einer Gesellschaft zu leben, in der Diskriminierung Dauerthema ist. Das oftmalige Gefühl „Bittstellerin oder Bittsteller“ zu sein, stärkt Ausgrenzung anstatt Integration. Die „Bürokratieverliebtheit“ in Deutschland führt dazu, dass Betroffene in eine Lebenswirklichkeit gedrängt werden, die im deutschen Sozialstaat in keiner Weise der Zielsetzung der BRK entspricht. Ein konkretes Beispiel ist etwa der Mangel an sozialem Wohnungsbau. Würde der Staat diesen entsprechend der Verpflichtung umsetzen, so würde sich alleine hier schon eine Vielzahl von Problemen verringern und die soziale (gesellschaftliche) Teilhabe gestärkt werden.

Warum sind so viele Menschen im Saarland arm? Wer ist von Ar-

mut betroffen und kann man Corona als Treiber bezeichnen?

Mit dem bereits vollzogenen sowie dem aktuellen Strukturwandel sind viele Beschäftigungsfelder in einfachen Tätigkeiten weggefallen und werden noch wegfallen. Gerade für Menschen in diesen Tätigkeiten müssen Kompensationen erfolgen. Der Aufbau eines dritten Arbeitsmarktes, der auch in Handlungsfeldern des gesellschaftlichen Zusammenhaltes gut integriert werden könnte, wäre hier eine gute Ergänzung. Corona und die dadurch verstärkten Diskriminierungen (hier sei unter anderem an die fehlende Technik gedacht) verstärken die Entwicklung. Das viel zitierte Brennglas hat viele dieser Diskriminierungen aufgezeigt.

Welche Aufgaben definieren Sie als neuer Vorsitzender für die nächsten Jahre für die SAK?

Grundsätzlich bilden die im Grundlagenpapier der SAK zusammengefassten Themen den Arbeitsauftrag. Als oberste Prämisse für mein konkretes Handeln sehe ich die Forderung, die soziale (gesellschaftliche) Teilhabe für alle Menschen immer weiter einzufordern und mit der Politik gerade diesen Dialog verstärkt anzugehen. Aus meiner Perspektive muss eine Gesellschaft daran gemessen werden, wie sie die sozialen (gesellschaftlichen) Teilhabe ermöglicht und umsetzt, zumal diese entsprechend der BRK und Umsetzung in Deutschland den Verfassungsrang eingenommen hat.